



Informationorgan der Umweltfreisinnigen des Kantons St.Gallen

konzentriert

Ausgabe 3, April 2010

Zeit und Kraft für Bewegung in der Politik

Die Gründung der ulb basierte auf der Idee einer Gruppe von FDP-Mitgliedern, einer Entwicklung ihrer Partei von der politischen Mitte hin zur Wirtschaftspartei entgegenzuwirken, ohne der FDP zu schaden oder gar eine Spaltung zu verursachen. Die Entwicklung der FDP im Verlaufe der Jahre zeigte, dass sich zwar eine erfreuliche Zahl führender FDP-Mitglieder mit der ulb solidarisierten und mit ihrem Einsatz auch innerhalb der FDP bewiesen, dass die Umwelt für die Zukunft des Landes ein äusserst wichtiges Thema ist und bleibt.

Die harten Realitäten der letzten Wahlresultate führten die ulb und die FDP zur Einsicht, dass eine enge Zusammenarbeit für die Partei und für die Bewegung mehr Erfolg bringen kann.

In verschiedener Hinsicht ist der Erfolg der Eingliederung der UFS in die FDP sichtbar. Schon die erste FDP-Umwelt- und Wirtschaftstagung unter der Führung des ulb-Mitbegründers Johannes Rutz, für die eine Fortsetzung bereits für 24. April angesagt ist, zog ein starkes Interesse speziell auch von Wirtschaftsvertretern der FDP auf sich.

Die interne Zusammenarbeit der UFS mit der FDP zeigt auch ausserhalb der Regierung und des Parlaments Erfolge. Unsere UFS-Präsidentin, Nicole Zürcher Fausch kann die FDP-Orts- und Regionalparteien, die Jungfreisinnigen und die FDP-Frauen mit den UFS-Mitgliedern in den Regionen vernetzen, was zur Zeit der ulb noch sehr mühsam war.

Für St. Galler ist diese Entwicklung erfreulich. Es bewegt sich etwas. Der Blick in die übrige FDP-Schweiz ist zur Zeit allerdings für uns Umweltfreisinnige nicht sehr erbaulich. FDP-Präsident Pelli, der nie als besonders umweltfreundlich bekannt war, wagt einen mutigen Schritt zur Unterstützung von weissem Geld im Schweizer Bankensektor, kommt aber innerhalb seiner Partei nicht gut an. Unser lieber Appenzeller Bundesrat bewegt sich Schrittlchen um Schrittlchen weg von seinem einstigen Grundsatz „das Bankgeheimnis ist undiskutabel“ und freut sich ob dem guten Rechnungsabschluss der Schweiz.

Kann die UFS da gar nichts beitragen? Unsere wertvollen Vorschläge für eine ökologische Steuerreform, für den obligatorischen Gemeinschaftsdienst, sind diese grossen Arbeiten einfach in einer Schublade verschwunden? Müssen wir nicht versuchen auch ausserhalb der FDP unsere liberalen Ideen besser bekannt zu machen, mehr zu bewegen?

Richard Höber

„Die Entdeckung der Nachhaltigkeit“

Am 1. März 2010 ist im Kunstmann-Verlag ein Buch von Ulrich Grober, Germanist und Journalist erschienen, das interessante Tatsachen zum Begriff Nachhaltigkeit aufdeckt, der für uns Umweltfreisinnigen wichtig ist und bleibt.

Der Autor findet das Wort Nachhaltigkeit nicht sehr attraktiv, es klinge erst mal statisch und dröge. „Nachhaltigkeit“ sei der Gegenbegriff von „Kollaps“, den heute alle im Bereich der Ökologie beklagen.

Im Buch definiert Grober nachhaltigen Umgang so: Er verringert den ökologischen Fussabdruck, steigert aber für jedermann zugänglich die Lebensqualität.

Der Autor geht dem Ursprung des Begriffs Nachhaltigkeit nach und widerspricht der oft gehörten Forderung, man müsste „sustainability“ neu übersetzen.

Der Begriff komme aber aus der deutschen Sprache. Frühe Denker im Sinne der Nachhaltigkeit waren Deutsche Förster, die sich sorgten, weil für den Silberbergbau im Erzgebirge mehr Holz aus den Wäldern geholt wurde, als nachwachsen konnte. Erstmals aufgetaucht sei das Wort 1713 in einem Buch des Oberberghauptmanns Hans Carl von Carlowitz, der über diese Ressourcenkrise schrieb und ein Programm zur Wiederaufforstung entwarf. *rh*

Schatzkammer Natur

Das Internationale Jahr der Biodiversität in der Schweiz und in unserer Region

Erhalt der Biodiversität erfordert permanenten Einsatz

Es ist eine sehr gute Idee der UNO, die Biodiversität als Thema des Aktionsjahres 2010 gewählt zu haben. Noch nie zuvor benötigten bedrohte Tier- und Pflanzenarten unsere Unterstützung und Hilfe in dem Masse wie heute. Biodiversität steht für die Vielfalt des Lebens auf unserem Planeten.

Dazu gehören:

- die genetische Vielfalt,
- die Artenvielfalt und
- die Vielfalt der Ökosysteme.

Wichtig ist, dass man sich nicht nur während diesem einen Jahr 2010 vermehrt um den Schutz und den Erhalt der Vielfalt der Pflanzen- und Tierwelt kümmert, sondern dass dies als eine zeitlose Aufgabe der Menschheit gilt.

Gerade in unserem kleinflächigen Land stellt der andauernde Verlust von Naturräumen eine immense Gefahr für die Artenvielfalt dar.

Das schweizerische Mittelland, das bedingt durch einen enormen Erschliessungsdruck zu einer durchgehenden, teils hässlichen Agglomeration zu werden droht, ist von einem gigantischen Artenschwund bedroht.

Sowohl die Behörden, als auch Privatpersonen sind aufgerufen, wo immer möglich permanent etwas gegen die Verarmung von Natur und Landschaft zu unternehmen. Dies könnte heissen:

Mehr Natur nicht nur in der Kulturlandschaft, sondern auch auf extensiv bewirtschafteten Flächen, wie Industriebrachen und entlang von Verkehrsachsen

- Grosszügige Realisierung von ökologischen Aufwertungsmassnahmen in Strassenbauprojekten und bei Neuerschliessungen.
- Höhere Abgeltungen für Ökologisierungsmassnahmen in Land- und Forstwirtschaft
- Anstrengungen zur Verbesserung der Luft- und Wasserqualität.

Reto Zingg

Lebensraumschützer und Ökoberater

Die Generalversammlung der UNO hat 2010 zum Internationalen Jahr der Biodiversität erklärt. 2002 hatten sich die Vertragsparteien der Konvention über die biologische Vielfalt zum Ziel gesetzt, den Verlust der Biodiversität deutlich zu verlangsamen. Am Weltgipfel der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung, der 1992 in Rio de Janeiro stattfand, wurde die Konvention zur Unterzeichnung vorgelegt. Am 29. Dezember 1993 trat sie in Kraft. Die Schweiz und über 180 andere Länder haben die Konvention bis heute unterschrieben. Die drei wichtigsten Ziele der Konvention sind: Erhaltung der Biodiversität, nachhaltige Nutzung der Bestandteile der Biodiversität, ausgewogene und gerechte Verteilung der Vorteile und Gewinne, die sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergeben. Die Europäische Union hat sich vorgenommen, den Verlust der Biodiversität bis 2010 sogar aufzuhalten.

Das Jahr der Biodiversität wurde in der Schweiz am 12. Januar 2010 von Ständeratspräsidentin Erika Forster und Bundesrat Moritz Leuenberger in Bern eröffnet. Auf der offiziellen Website www.biodiversitaet2010.ch findet man Informationen über die zahlreichen Ausstellungen, Tagungen, Führungen und anderen Aktivitäten, die Naturschutzorganisationen, Verbände, Forschungsanstalten, Zoos, Botanische Gärten, Bundesämter, kantonale Behörden und die beiden Grossverteiler Migros und Coop in der ganzen Schweiz organisieren.

Gemäss einer im Herbst 2009 durchgeführten repräsentativen Umfrage des Forschungsinstituts gfs.bern hat jede zweite Person in der Schweiz den Begriff „Biodiversität“ zur Kenntnis genommen. 2005 war dieses Thema nicht einmal bei „umweltsensibilisierten“ Personen gleich bekannt. Der Zustand der Biodiversität in der Schweiz wird von knapp 70% der Bevölkerung als gut oder eher gut eingeschätzt. Diese ziemlich positive Einschätzung wird von der Wissenschaft nicht geteilt. Der vom kantonalen Amt für Raumentwicklung und Geoinformation herausgegebene Bericht über Natur und Landschaft im Kanton St. Gallen (auf www.schatzkammer-natur.ch verfügbar) stellt die Situation im Kanton bezüglich Biodiversität und Landschaftsentwicklung dar.

Das Naturmuseum St.Gallen hat zusammen mit dem Landwirtschaftlichen Zentrum St.Gallen in Salez und dem WWF St.Gallen am 1. März die Informationskampagne „Schatzkammer Natur“ für die Regionen St.Gallen und Appenzell lanciert. Von März bis November ist ein Marktwagen in den oben genannten Regionen unterwegs. Die Vielfalt der Natur soll mit Tierstimmen, Samen, Düfte usw. sichtbar, fassbar und riechbar werden. Es werden ausserdem Informationen geliefert über nachhaltige Landwirtschaft, Naturschutz und sanften Tourismus. Das Landwirtschaftliche Zentrum St.Gallen bietet Kurse für Landwirte und Schulklassen an. Der WWF St.Gallen hat zum Thema Biodiversität ein Programm für Schulklassen zusammengestellt. Während des ganzen Jahres bieten der WWF, die Stadtverwaltung St.Gallen (Fachstelle Umwelt und Energie) und verschiedene Vereine Ausflüge und Referate zum Thema Biodiversität in der Region an. Die Promotoren der Informationskampagne unterstützen Vereine und Private, die selbst Veranstaltungen organisieren wollen, mit Werbematerial, Infotafeln, Beratung und dem Aufnehmen der betreffenden Veranstaltung in der Agenda auf der Website www.schatzkammer-natur.ch.

Auch die UFS lädt Sie am 26. Juni 2010 zu einer interessanten, von Reto Zingg geführten Wanderung (siehe Veranstaltungen) ins Untertoggenburg ein.

Claudia Klinkmann

Gedanken zur Klimapolitik

Die Klimakonferenz in Kopenhagen vom Dezember 2009 hat die Erwartungen nicht erfüllt - es konnte kein Nachfolgeabkommen für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll abgeschlossen werden. Immerhin bleibt anzumerken, dass nur schon die Tatsache, dass die wichtigsten Regierungsvertreter der ganzen Welt sich zusammenfinden, um über Klimaziele zu verhandeln und eine völkerrechtlich verbindliche Regelung zu suchen, ein grosser Fortschritt ist.

Gemäss dem vierten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) sind die Emissionen von Treibhausgasen zwischen 1970 und 2004 um 70% gestiegen. Wenn die gegenwärtige Politik nicht geändert wird, ist mit einem weiteren Anstieg um 25 bis 90% zu rechnen (für Kohlendioxid sogar um 45 bis 110 %). Bis zum Jahr 2050 müssten die Emissionen von Treibhausgasen um 50 bis 80% sinken, wenn der Temperaturanstieg auf 2 bis 2,4 °C begrenzt werden soll. Handeln ist also dringend, zuwarten unverantwortlich, wenn wir die bestehenden Probleme nicht einfach an die nächste Generation abschieben wollen. Auch in Bezug auf die Klimapolitik muss eine liberale Politik bedeuten, dass Eigenverantwortung wahrzunehmen ist - Eigenverantwortung nicht nur des Einzelnen auf freiwilliger Basis, sondern Eigenverantwortung der heutigen Generationen für ihr Handeln.

Am 29. November 2010 startet die nächste Weltklimakonferenz in Mexiko-Stadt. Ob die Regierungen bereit sein werden, sich auf verbindliche, wirkungsvolle Ziele zu einigen, hängt auch von der Unterstützung der Bevölkerung ab. Eine Regierung, die den Rückhalt des Volkes spürt, wird entsprechend handeln. Es liegt auch an den Umweltfreisinnigen, weiterhin über die Problematik der Klimaerwärmung aufzuklären, Lösungen aufzuzeigen, wie wir mit Energiesparen, mehr Energieeffizienz und neuen Technologien zum Ziel kommen, und lösungsorientierte Massnahmen zu unterstützen – im Kleinen wie im Grossen.

Nicole Zürcher Fausch

Neue Themen für die UFS ?

An seiner ersten Sitzung im 2010 hat sich der erweiterte Vorstand mit alten und neuen Themen befasst: Einerseits ist da die ökologische Steuerreform, schon seit 15 Jahren im Programm der UFS. Trotz intensiver Bemühungen der Arbeitsgruppe unter der Leitung von Hanspeter Haltner findet das Anliegen in den Leitungsgremien der FDP wenig Unterstützung. Die Zeit scheint noch immer nicht reif zu sein für nötige aber nicht überall beliebte Systemänderungen. Die UFS wird das Anliegen aber weiter bearbeiten und konkretisieren.

Als Zweites wurde die sich neuerdings auch als Umweltproblematik abzeichnende Funkstrahlung diskutiert. Handlungsbedarf scheint angezeigt. Der erweiterte Vorstand hat grünes Licht gegeben, die Fakten genauer zu untersuchen und politische Forderungen zu entwerfen.

Wirklich intensiv aber möchten sich die UFS mit einem speziellen Kernthema beschäftigen. Einige gute Vorschläge brachten die Mitglieder des erweiterten Vorstands ein, weitere sind aber willkommen. Und da sind Sie als Mitglied und Bürger zur Mitarbeit aufgerufen. Welches Problem im Kanton oder in Ihrer Region wird Ihrer Meinung nach politisch zu wenig beachtet? Welches Thema ist Ihnen besonders wichtig? Melden Sie sich bei unserer Präsidentin per E-Mail: nicole.zuercher@alumni.unisg.ch oder Telefon: P 071 222 08 50 / G 071 227 30 30. Der Vorstand wird bis Ende April alle Ideen sammeln, analysieren und dem erweiterten Vorstand an seiner nächsten Sitzung im Juni zur Auswahl vorlegen.

Andrea Klinger

Veranstaltungen

Freitag, 23. April 2010, 19.00 Uhr
**Ordentliche Mitgliederversammlung
der Umweltfreisinnigen**

Rahmenprogramm:

**LED-Strassenbeleuchtung -
Ein Projekt der Stadt St.Gallen**
vorgestellt von Urs Etter, Abteilungs-
leiter Öffentliche Beleuchtung der
St.Galler Stadtwerke.

**Samstag, 24. April 2010,
08.30 bis 13.30 Uhr, EMPA,**
Lerchenfeldstrasse, St.Gallen.
2.Umwelt- und Wirtschaftstagung der
FDP St.Gallen.

**Nanotechnologie: Chance für
Wirtschaft und Umwelt?**

Referate von Dr. Manfred Heuberger,
EMPA St.Gallen, Peter Eschler, CEO
Christian Eschler AG, Bühler und Prof.
Dr. Harald Krug, Mitglied der Direktion
der EMPA. Diskussion unter Leitung
von Johannes Rutz. Schlusswort
von Kantonsrat
Dr. Christoph Bürgi.

**Samstag, 26. Juni 2010,
09.30 bis 17.00 Uhr**
Untertoggenburg
Öffentliche Veranstaltung zum Jahr der
Biodiversität:
Natur pur an Necker und Thur
Ganztageswanderung unter der
Leitung von Reto Zingg.

Samstag, 17. Juli 2010, vormittags
St.Gallen
Öffentliche UFS-Veranstaltung
im Rahmen des
FDP-Sommerprogramms.

**Donnerstag, 25. August 2010,
18.30 bis 20.00 Uhr**
Restaurant News, St.Gallen
Öffentlicher Feierabendanlass zu
aktuellem Thema.

Samstag, 4. September 2010,
UFS Gönneranlass im Linthgebiet
Das Linthwerk
Details auf der letzten Seite.

**Donnerstag, 28. Oktober 2010,
abends**
Referat von Roland Rebsamen zu aktu-
ellen Energiethemen und Diskussion
im NTB Campus Buchs

Sie pfeifen auf die Ökologie?

Oder könnten Sie vielleicht trotzdem für eine ökologische Steuerreform sein?

Ein kleines Gedankenexperiment:

Stellen wir uns vor, es gäbe auf allen Ebenen des Schweizer Staatswesens keine Steuern. Stellen wir uns vor, wir hätten noch nie etwas von anderen Staaten und deren Steuersystemen gehört. Eines Tages möchten wir aber dem Staat Aufgaben übertragen zu deren Erfüllung er Geld braucht. Steuern müssten erhoben werden. Ein politischer Diskurs über die Eignung verschiedener Steuerobjekte und Steuer-subjekte würde beginnen.

Sicher wären alle der Meinung, dass eine Steuer möglichst wenig ungewollte Anreize schaffen soll. Im Idealfall schafft sie sogar gewollte Anreize.

Bei der Frage welche Anreize „gewollt“ sind und welche „ungewollt“ würden sich vermutlich die Geister bereits scheiden. Manch ein Liberaler würde einwenden, der Staat habe nicht zu beurteilen welches Verhalten eines Individuums erwünscht sei und welches nicht. Vermutlich kämen wir Liberale am ehesten weiter, wenn wir eine Liste der Dinge zusammenstellen würden, die wir sicher nicht wollen.

Folgende Punkte würden bestimmt nicht fehlen:

- Untergraben des Leistungsprinzips
- Bestrafung von eigenverantwortlichem Handeln
- Generelle Bestrafung aller wertschöpfenden Prozesse in der Wirtschaft
- Grosse Bürokratie im Staat, in den Unternehmen aber auch bei Privatpersonen

In der nächsten Phase unseres Gedankenexperiments wären Ideen gefragt für konkrete Steuern, welche anhand der oben erwähnten Kriterien zur Diskussion gestellt werden sollten.



Andreas Kunz, Uzwil

Einkommenssteuer mit Variante einer progressiven Besteuerung

Die Empörung, insbesondere über eine progressive Besteuerung, wäre vermutlich enorm. Den Löwenanteil dieser Steuer würden jene bezahlen, die viel und mit hoher Produktivität arbeiten, also vor allem auch Leute, die viel in ihre Ausbildung investiert haben. Der teuer ausgebildete Augenchirurg würde sich überlegen, ob er aus steuerlichen Gründen nicht lieber nur noch Montag bis Donnerstag arbeitet und den Freitag mit Segeln oder Skifahren verbringt.

Besteuerung von Unternehmensgewinnen

Auch an dieser Idee würden wir kaum ein gutes Haar lassen. Das Eingehen eines unternehmerischen Risikos würde bestraft. Das Erzielen und Ausschütten von Gewinnen würde ebenfalls gehemmt, obschon gerade die Gewinnausschüttung an die Investoren die effiziente Allokation des Kapitals fördert.

Besteuerung von Vermögen

Auch hier hätte man schnell herausgefunden, welche Anreize eine Vermögenssteuer setzt. Und auch hier wären sie negativ. Wer eigenverantwortlich spart wird bestraft. Das kann nicht im Interesse des Staates sein, wenn er gleichzeitig soziale Sicherungssysteme mit „Vollkasko“-Charakter zur Verfügung stellt. Man muss froh sein über jeden, der auch in Krisen und im Alter für sich selber sorgen kann. Zudem liegen nicht alle Vermögen auf dem Bankkonto. Der Unternehmer, der ein hohes Vermögen hat, weil sein Unternehmen viel Wert ist, müsste dafür Steuern zahlen. Er wäre eventuell gezwungen, seine Firma finanziell auszuhöhlen oder zu verkaufen, um seiner Steuerpflicht nachzukommen.

Mehrwertsteuer

Auch für Spott über diese Idee wäre gesorgt. Weshalb soll jede Form von Wertsteigerung an einem Produkt oder einer Dienstleistung bestraft werden? Es wäre eine Steuer, die letztlich der Konsument bezahlt. Dieser wird weniger konsumieren, was der Wirtschaft nicht gut bekommt. Vielleicht käme man dann auf die Idee, „eher erwünschten“ Konsum weniger stark zu besteuern als den restlichen Konsum. Die Folgen davon lägen auf der Hand: ein gigantischer administrativer Aufwand für die Unternehmen und für den Staat, welcher alle Abrechnungen prüfen müsste. Zyniker würden das zu erwartende Eldorado für Steuerberater und die vielen Arbeitsplätze für Beamte preisen.

Besteuerung von Energie

Auch hier käme vermutlich zunächst Kritik auf. Private Haushalte wie auch Unternehmen würden belastet. Die Produktionskosten vor allem in der produzierenden Industrie würden steigen. Bei näherer Betrachtung sähe man jedoch: Die Firma, welche mit weniger Energie produziert als ihre Mitbewerber, hat einen Wettbewerbsvorteil. Die Familie, welche in einen energiesparenden Tiefkühler investiert, taut sich sonntags ein Filet anstatt einen Cervelat auf. Stellen wir uns jetzt noch vor, wir würden den Verbrauch von fossilen Energieträgern gerne reduzieren, sei es aufgrund ihrer Endlichkeit, aus Umweltgründen oder weil wir unabhängiger sein wollen von Diktaturen mit grossen Öl- und Gasvorkommen.

Wir würden vermutlich zum Schluss kommen, dass, wenn wir schon Steuern erheben müssen, keine andere Steuer weniger negative Effekte hat als eine Steuer auf den Energieverbrauch. Und kaum eine Steuer hätte mehr positive Effekte.

Zurück in der Schweiz im Jahr 2010 sollten wir uns fragen: Weshalb leben wir freiwillig in einem Steuerdschungel, der hauptsächlich erwünschtes Verhalten besteuert? Würde die Besteuerung von Energie nicht administrativ weniger aufwändig? Würde sie nicht nebenbei ein Verhalten bewirken, welches wir gegenwärtig mit teureren Subventionen zu fördern versuchen? Haben nicht alle anderen Steuern mehr negative Effekte? Müsste man sich deshalb nicht überlegen, eine bestehende Steuer zu senken oder noch besser aufzuheben und eine Besteuerung der Energie in einer moderaten Höhe in Erwägung ziehen?

Andreas Kunz

Die Energiestadt Balgach und die Rheintaler Energieinitiative

Balgach und Berneck sind seit 2009 zertifizierte Energiestädte. Balgach hat in den vom Trägerverein Energiestadt bewerteten energiepolitisch wichtigen Bereichen (Entwicklungsplanung und Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation, Kommunikation und Kooperation) mehr als 50% der möglichen Massnahmen beschlossen oder ausgeführt. Es wurden u. a. folgende Ziele erreicht: Annahme eines Energieleitbilds im November 2008, Einführung eines Richtplans Verkehr mit Schwerpunkt „Fuss- und Radwege“, Vorliegen der Energiekennzahlen aller öffentlichen Gebäude der Gemeinde, Abnahme von Solarstrom zur Verwendung für die Strassenbeleuchtung (Deckung von 8% des Strombedarfs), Bau einer Holzschnitzel-Heizzentrale für die Sportanlagen und das Hallenbad.

Im Bereich „Mobilität“ besteht ein Verkehrskonzept, das die Einführung von Tempo 30-Zonen in allen Quartieren vorsieht. Drei solche Zonen wurden 2008 schon realisiert, 2009 wurden zwei weitere eingerichtet. Zahlreiche Mitarbeitende (93%) der Gemeindeverwaltung Balgach haben 2008 an der von Pro Velo organisierten schweizweiten Aktion „bike to work“ für Mitarbeitende von Betrieben mitgemacht. In der Gemeinde Balgach wurde ausserdem die höchste Radfahrerichte des Kantons St. Gallen gemessen.

Eine wichtige Massnahme, die zu einem nachhaltigen und effizienten Umgang mit Energie führen soll, ist das Förderprogramm für Private. Die Erträge des Elektrizitätswerks (ca. 50' 000 Fr. / Jahr) werden zur Finanzierung dieses Förderprogramms verwendet. Es wurde auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Balgach und die anderen 11 Gemeinden des St. Galler Rheintals halten sich bei der Gewährung von Energieförderbeiträgen an eine gemeinsame Richtlinie. Balgach stellt für die Förderbeiträge jedes Jahr ein bestimmtes Budget zur Verfügung. Finanziell unterstützt werden Energiechecks, Einführung des Minergie- oder Minergie-P-Standards bei Sanierungen, Verwendung des Minergie-P-Standards bei Neubauten, energetische Erneuerungen der Gebäudehülle, Warmwasserkollektoren, Holzheizungen und die Errichtung von Fotovoltaikanlagen. Der Bau von Fotovoltaikanlagen wird nur von Balgach gefördert. Die zur Verfügung gestellten Beiträge gehen von 2500 Fr. bis 30'000 Fr. 2008 wurden 14 Gesuche um Förderbeiträge behandelt und Beiträge von 24'000 Franken gesprochen.

Die oben erwähnte Richtlinie der 12 Rheintaler Gemeinden ist die Grundlage des gemeinsamen Energieförderprogramms der Rheintaler Energieinitiative (RhEI). Im Juni 2007 haben die 12 Gemeinden des St. Galler Rheintals die RhEI gegründet. Die RhEI soll die nachhaltige Erzeugung und effiziente Nutzung von Energie im St. Galler Rheintal fördern. Sechs Monate nach der Gründung der RhEI trat das gemeinsam erarbeitete Energieförderprogramm in den 12 Gemeinden bereits in Kraft. Diese Energieinitiative erhielt am 8. Januar 2009 vom Bundesamt für Energie (BfE) die seit 2006 bestehende Auszeichnung Watt d' Or. Seit 2006 vergibt das BfE den nicht mit Preisgeldern ausgestatteten Watt d' Or in fünf Kategorien: Gesellschaft, Energietechnologien, erneuerbare Energien, energieeffiziente Mobilität, Gebäude. Die RhEI wurde in der Kategorie 1 für die regionale Zusammenarbeit ausgezeichnet. Die Energieinitiative ist aus dem 2005 von den lokalen politischen Gemeinden, Ortsgemeinden und Vertretern der Wirtschaft gegründeten Verein St. Galler Rheintal herausgewachsen.

Ausser Balgach, Berneck und Altstätten (seit 2001 Energiestadt), sowie seit 2010 Rüthi, die das Ziel schon erreicht haben, sind alle anderen Gemeinden der RhEI auf dem Weg zum Status einer Energiestadt.

Claudia Klinkmann

Die UFS fasst Fuss im Rheintal / Werdenberg

Der Vorstand der UFS plant in den Regionen Werdenberg und Rheintal im Jahr 2010 mindestens eine öffentliche Veranstaltung zu organisieren.

Um in diesem Kantonsteil Kontakte zu knüpfen, resp. zu aktualisieren, wurden die Mitglieder und Sympathisanten der UFS Rheintal-Werdenberg nach Buchs eingeladen.

Eine erfreulich interessierte Gruppe folgte dieser Einladung und suchte unter der Leitung von UFS-Präsidentin Nicole Zürcher Fausch aktuelle Themen für künftige Veranstaltungen.

Nach knapp zwei Stunden intensiver Gespräche zeigte sich das Rheintal in den für die UFS speziell interessanten Gebieten Energie und Verkehr als äusserst vielseitig aktiv.

Aus einer Liste von zukunftssträchtigen Umweltthemen wurde Geothermie, angeregt durch die Pläne des Fürstentums für ein geothermisches Kraftwerk, in dessen Zusammenhang seit längerer Zeit im Gebiet Werdenberg und Sargans geologische Vibrationsmessungen stattfinden, als erstes Vortragsthema gewählt.

Da sich in der Runde zwei sehr kompetente und erfahrene Teilnehmer befanden, wurden für verschiedene Themen auch Referenten genannt. Zur Freude aller übernahm Gallus Erne die Organisation der Veranstaltung am 28. Oktober abends im NTB-Campus in Buchs mit Referent Roland Rebsamen zum Thema Energiezukunft.

Gerhard Hochuli würde sich für ein Projekt zum Thema „Renaturierung des Rheins“ engagieren.

Andreas Weder als Vertreter der Jungfreisinnigen Werdenberg-Sargans zeigte Interesse mit der UFS zusammenzuarbeiten und Gerhard Hochuli schlug vor, auch mit den FDP-Senioren Kontakt auf zu nehmen.

Nicole Zürcher Fausch konnte mit Zuversicht und Dank die bewegte Zusammenkunft schliessen. *rh*

Verlad statt zweite Röhre ist ökologisch klug und entlastet den Staatshaushalt

Wo soll der Verkehr während der Sanierung des Gotthard-Strassentunnels rollen?

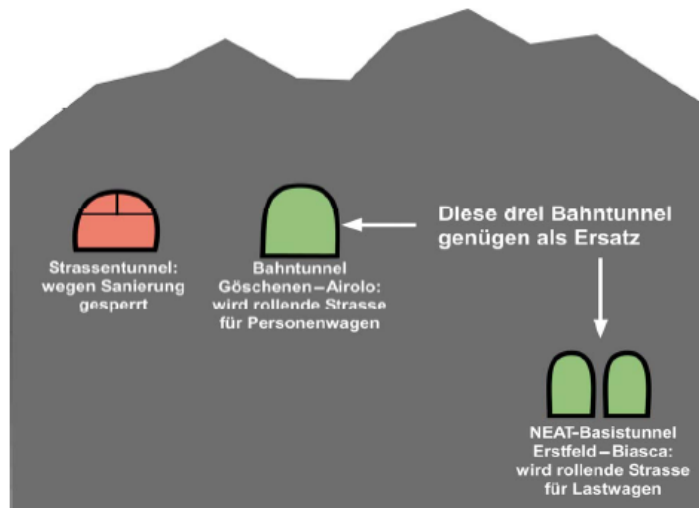
Der Gotthard-Strassentunnel muss in rund 10 Jahren saniert werden. Zur Diskussion steht insbesondere der Bau einer zweiten Strassenröhre durch den Gotthard. Dies würde den Staat rund 1'400 Millionen Franken kosten. Problematisch ist eine zweite Strassenröhre aber nicht in erster Linie aus finanzieller Sicht, sondern vor allem deshalb, weil sie dem Alpenschutzartikel in der Bundesverfassung klar widersprechen würde. Gemäss Art. 84 Abs. 3 der Bundesverfassung darf die Transitstrassenkapazität im Alpengebiet nicht erhöht werden. Die Belastung der Gotthardachse wird in der Öffentlichkeit als hoch wahrgenommen, weil Staus zu Spitzenzeiten im Sommer (rund 30 Tage pro Jahr) immer wieder Schlagzeilen machen. Ökologisch unsinnig wäre eine zweite Strassenröhre, weil damit klare Anreize für eine Zunahme des Verkehrs gesetzt würden. Dass der Strassenverkehr zunehmen wird, wenn die Kapazitäten ausgebaut werden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Eine zweite Röhre würde nach der Sanierung automatisch eine Verdoppelung der Kapazitäten bewirken. Doch genau das will das Volk nicht, wie es mit der Annahme des Alpenschutzartikels klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat. Danach hat sich die Politik zu richten.

Im Dezember 2008 antwortete der Bundesrat auf ein Postulat von Ständerat Lombardi, dass der Auftrag des Volkes zu respektieren sei und eine zweite Tunnelröhre nicht auf der verkehrspolitischen Traktandenliste stehe. Mit der Totalsanierung der ersten Röhre sei ein zweiter Tunnel nicht zu begründen. Eine zweite Röhre würde klarerweise eine Kapazitätserweiterung darstellen und wäre damit mit Art. 84 Abs. 3 BV unvereinbar. Daran ist festzuhalten.

Verein Alpen-Initiative hat seine Hausaufgaben gemacht

Schon bevor der Bundesrat ein Konzept für die Abwicklung des Verkehrs während der Sanierungsphase erstellt hat, hat der Verein Alpen-Initiative am 11. Februar 2010 ein Konzept präsentiert, das dem Volkswillen Rechnung trägt, finanziell tragbar und ökologisch sinnvoll ist. Nach Eröffnung des NEAT-Basistunnels 2017 sollen Personenwagen im Bahntunnel von Göschenen nach Airolo transportiert werden, wo dann zumal ausreichend Bahnkapazitäten vorhanden sein werden. PWs können im Sommer zudem die Passstrasse benützen. Lastwagen sollen auf einer rollenden Landstrasse mit der Bahn im Neat-Basistunnel von Erstfeld nach Biasca transportiert werden. Rollende Landstrassen für LKWs sind auch heute schon erfolgreich und kostendeckend auf der Lötschberg-Simplon-Route und in Österreich am Brenner in Betrieb. Die Investitionskosten für dieses Konzept des Vereins Alpen-Initiative werden mit 350 Millionen veranschlagt – gerade

mal ein Viertel der Baukosten für eine zweite Röhre. Mit Gebühren von CHF 20.-- pro Personenwagen und CHF 150.-- pro Lastwagen könnten die Betriebskosten während der Sanierungszeit des Strassentunnels gedeckt werden.



Es braucht keine fünfte Röhre durch den Gotthard, die Lösung liegt auf der Schiene.

Schwerverkehrs durch die Alpen bis 2019 auf die Bahn verlagert werden. Dieses Ziel soll zum Teil im unbegleiteten Verkehr (Container) mit den Neat-Basistunnels Lötschberg-Simplon und Gotthard erreicht werden. Mit einer Plafonierung der LKW-Transitfahrten und einer Vergabe der Fahrten über eine Alpentransitbörse könnte dieses Ziel bereits in der Übergangszeit bis zur Eröffnung des Basistunnels eingeleitet werden. Die Umsetzung der Verlagerung auf die Bahn sollte deshalb zügig an die Hand genommen werden – gerade im Hinblick auf die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels.

Umweltfreisinnige unterstützen das Konzept des Vereins Alpen-Initiative

Die Umweltfreisinnigen St.Gallen (UFS) setzen sich insbesondere in den Bereichen Umwelt, Verkehr und Energie für nachhaltige und liberale Lösungen ein. Sie begrüssen das Konzept des Vereins Alpen-Initiative für ein Ersatzangebot während der Gesamtsanierung des Gotthard-Strassentunnels ohne zweite Röhre. Die UFS erwarten, dass der Bundesrat dem in der Bundesverfassung verankerten Volkswillen Rechnung trägt und weiterhin Massnahmen zu dessen Durchsetzung auf der politischen Traktandenliste unterstützt.

*Nicole Zürcher Fausch, St.Gallen
Präsidentin Umweltfreisinnige St.Gallen (UFS)*

Eine richtige S-Bahn für St. Gallen

Wie Zürich und andere urbane Kantone soll St.Gallen bald eine richtige S-Bahn erhalten. Basierend auf dem Strategieplan öffentlicher Verkehr 2002 hat die Regierung eine Vorlage ausgearbeitet, die dem Kanton St.Gallen ab 2013 eine S-Bahn rund um den ganzen Kanton verheisst.

Die Umweltfreisinnigen St.Gallen (UFS) begrüßen und unterstützen diesen längst fälligen Ausbau des öffentlichen Verkehrs auf der Schiene. Angesichts der vielfältigen Topographie unseres Kantons und der Tatsache, dass drei verschiedene Bahnunternehmen betroffen sind, ist dies ein überaus anspruchsvolles Vorhaben.

30 Prozent mehr Bahn

Die Vorlage „S-Bahn St.Gallen 2013“ soll die Bahn- und Busverbindungen im Kanton wesentlich verbessern. Mit verschiedensten Massnahmen, von zusätzlichen Verbindungen bis zu schnelleren Zügen, sollen alle grösseren Bahnhöfe im Halbstundentakt miteinander verbunden werden, für die Agglomeration St.Gallen ist gar ein Viertelstundentakt geplant. Auf dieser Grundlage werden auch Busanschlüsse systematisiert und unattraktive Fahrplanlücken beseitigt. Die S4 soll sogar als komplette Ringbahn stündlich um den ganzen Kanton fahren. Der Regierungsrat weist in seiner Vorlage auch ausdrücklich darauf hin, dass durch die sorgfältige Abstimmung von Angebots-, Fahrzeug- und Infrastrukturkonzept eine bessere Wirtschaftlichkeit erreicht wird, mehr Zug für weniger Geld also. Genaue Informationen über alle geplanten Projekte sind unter www.sg.ch - Mobilität – öffentlicher Verkehr – Projekte zu finden.

Investitionen in das Schienennetz

Sehr gelegen kommt die Tatsache, dass im Rahmen der HGV-Ausbauten zwischen St.Gallen-Rorschach und St.Margrethen-Sargans neue Doppelspurabschnitte im Bau sind, die eine Kapazitätserweiterung der S-Bahn überhaupt erst ermöglichen. Der Investitionsaufwand des Kantons für den Ausbau der S-Bahn hält sich darum mit knapp 50 Mio. Franken in Grenzen. Ausgesprochen klein ist er sogar im Vergleich mit den Ausgaben im Strassenbau, zum Beispiel den 1000 Mio. für die angedachte A1-Spange in St.Gallen oder den 320 Mio. für zwei Dorfumfahrungen im Toggenburg. Die schon seit Jahrzehnten vernachlässigten Investitionen in das Schienennetz werden damit nicht nachgeholt. Angesichts des prognostizierten Verkehrszuwachses ist jetzt ein verbindliches Konzept für die gesamte Mobilität im Kanton ein Gebot der Stunde.

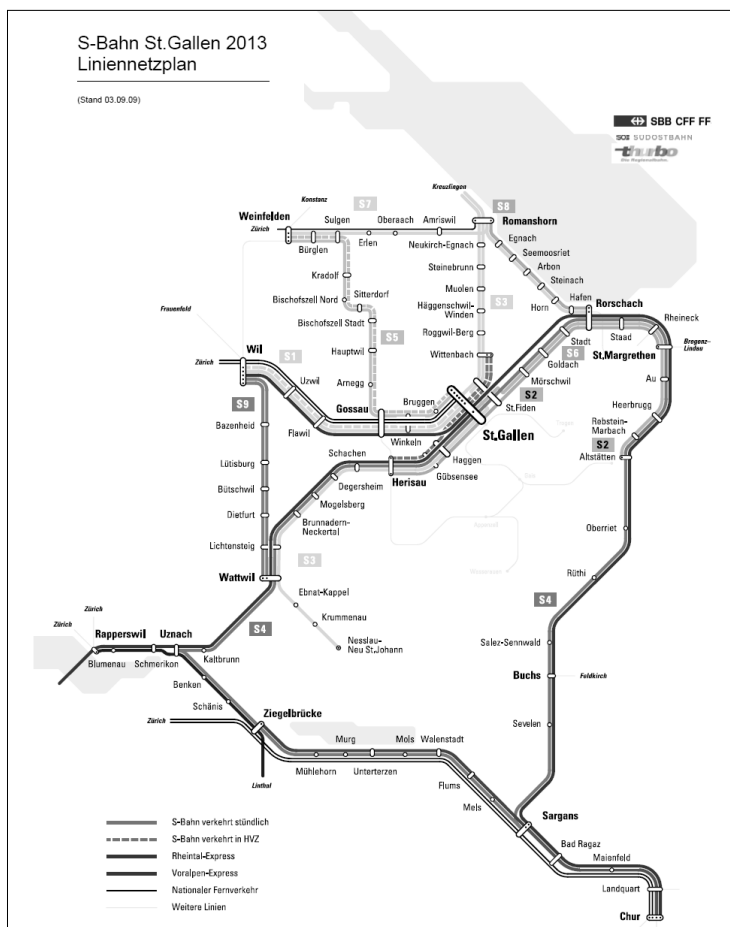
Lücken im Angebot

Einige bestehende S-Bahn-Halte werden reduziert, St.Gallen-Bruggen und Winkeln zum Beispiel. Das ist sehr bedauerlich, würde eine S-Bahn doch gerade im städtischen Umfeld die Strasse entlasten. Dass aber zur Verwirklichung von neuen schnellen Verbindungen bestehende Bahnhöfe ganz stillgelegt werden müssen, unter anderen Algetshausen-Henau, Weesen und Trübbach, ist nicht nachvollziehbar. Ohne weitere, substanzielle Investitionen in das Schienennetz vor allem in die Abschnitte Buchs-Sargans, Winterthur-Effretikon, Wil-St.Gallen und im Oberland bleibt die S-Bahn St.Gallen unvollständig und störanfällig. Auch den Bahnhof St.Gallen können erst grundlegende Innovationen zu einer leistungsfähigen Drehscheibe des öffentlichen Verkehrs in der Ostschweiz machen; der Bahnhof Chur bietet hierfür ein ausgezeichnetes Beispiel.

Ziele nach 2013

Die konkreten Ziele für die Zeit nach 2013 müssen jetzt gesetzt werden. Mit der kürzlich eingereichten Initiative zur „Vorfinanzierung von Schieneninfrastrukturprojekten“ hat die Politik den Auftrag erhalten, den Ausbau des Schienennetzes voranzutreiben, auch wenn es den Kanton etwas kosten sollte. Die Umweltfreisinnigen erwarten von der Regierung auch, dass sie sich beim Bund und den SBB zielstrebig und unmissverständlich dafür einsetzt, dass in der aktuellen Planung für die „Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur ZEB“ die dringend nötigen Ausbauten für die Ostschweiz mit oberster Priorität berücksichtigt werden.

Arbeitsgruppe Verkehr



UFS-Gönneranlass 2010

Am Samstag, 4. September 2010 unternehmen wir eine Exkursion zum Linthwerk.

Das einmalige Wasserbauwerk aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts prägt die Landschaft von Mollis bis zum Zürichsee. Es umfasst zwei Hauptbauwerke: den Escherkanal, der das Linthwasser aus dem Glarnerland in den Walensee leitet, und den geradlinig verlaufenden Linthkanal zwischen Walen- und Obersee. Die Binnenkanäle, sogenannte Hintergräben, vervollständigen und verfeinern dieses ausgeklügelte System.

Das gesamte Werk umfasst 23 Kilometer Kanal samt Dämmen, Böschungen und Auslauflächen. Zum Linthwerk gehören aber auch die



ganzen Waldungen am Walenseeufer im Gäsi und diverse Altlaufschlaufen.

Nach über zehn Jahren Projektierungs-, Planungs-, Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren ist im September 2008 mit der Sanierung des Linthwerks begonnen worden.

Mit dem 100-Millionen-Bauwerk wollen die Kantone St.Gallen, Glarus, Schwyz und Zürich den Hochwasserschutz in der Linthebene wieder herstellen und die damit verbundenen ökologischen Aufwertungen realisieren.

Regierungsrat Willi Haag und Linthingenieur Markus Jud werden uns einen Einblick in die Geschichte, die Entwicklung und das Bauprojekt des Linthwerks geben. Über die Renaturierungsmassnahmen am Escherkanal werden wir uns dann an Ort und Stelle ein Bild machen können.



Die tolle Website www.linthwerk.ch, aus der auch die Bilder stammen, gibt einen ausgezeichneten Überblick über Geschichte, Unterhalt und Sanierung.

A.Klinger



Herzliche Gratulation !

Imelda Stadler,

Lehrerin, Familienfrau mit drei erwachsenen Kindern, FDP-Kantonsrätin und Ortspräsidentin von Ganterschwil, Präsidentin des SGTV, (grösster Sportverband im Kanton St.Gallen) wurde vor zwei Wochen mit glänzendem Wahleresultat zur

**Gemeindepräsidentin
von Lütisburg**

gewählt. Imelda Stadler übernimmt damit eine neue, vielseitige und verantwortungsvolle Aufgabe, die sie mit vollem Einsatz und Begeisterung meistern wird. *rh*

P ist wichtig für die Bahn

Der Altstätter Bahnhof steht seit dem Bau der Rheintallinie weit vom Stadtzentrum. Wohl ein Grund für den frühen Bau einer Rheintaler Strassenbahn, parallel zur Bahnlinie, die vor einigen Jahrzehnten durch Trolleybusse und dann durch Autobusse ersetzt wurde. Auswärts, speziell um St.Gallen Arbeitende, fuhren per PW statt den langen Weg zum Bahnhof zu benutzen. Nicht der neue Bahnhof mit Billettautomat und Bahnreisebüro im Migrolino, sondern die Auto-, Motorrad- und Veloparkplätze förderten den Erfolg der Bahn. Rund 70 PW, 30 Motorräder und etwa 50 Velos warteten vom frühen Morgen bis zum Abend auf die Bahnbenutzer, die sich nur heute noch bessere Taktverbindungen wünschen. *rh*